



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 21. März 2025

### **Vorschau auf die Kantonsratsitzung vom Montag, 24. März 2025**

Fokusthema: **Bildung**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Schlussabstimmung zur Anschubfinanzierung für Tagesschulen ausführlich über die «Förderklassen-Initiative» diskutieren. Anschliessend wird der Rat bis zum Sitzungsende Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. Gefordert wird unter anderem die Abschaffung des Langzeitgymnasiums.*

#### **Anschubfinanzierung für Tagesschulen könnte an Ausgabenbremse scheitern**

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zur Verankerung eines Rahmenkredits für eine Anschubfinanzierung für Tagesschulen über eine Laufzeit von fünf Jahren im Volksschulgesetz zu erwarten ([KR-Nr. 369/2020](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat ist in erster Lesung mit 87 zu 79 Stimmen dem Antrag der vorberatenden Kommission für eine Verankerung gefolgt. Die Forderung geht auf eine parlamentarische Initiative von GLP, SP und EVP zurück, die eine «Initialzündung für zukunftssträchtige Schulmodelle» forderten. Ein Kredit von 15 Millionen Franken soll nun interessierte Gemeinden beim Aufbau von Strukturen unterstützen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten und mit dem integrierten pädagogischen Konzept einen erzieherischen Gewinn bringen. Da für die Bewilligung des Kredits die sogenannte Ausgabenbremse gelöst werden muss, könnte die Anschubfinanzierung trotz Mehrheit im Rat scheitern. Für die Lösung der Ausgabenbremse müssten dem Antrag mindestens 91 Ratsmitglieder zustimmen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

#### **Bei Bedarf sind Förderklassen anzubieten**

Eine ausführliche Debatte dürfte es zur «Förderklassen-Initiative» geben. Mit der kantonalen Volksinitiative «für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» wird in Form einer allgemeinen Anregung verlangt, dass alle Kinder im Kanton Zürich bei Bedarf Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen haben sollen, die mindestens für ein Semester besucht werden können. Der Entscheid der Zuteilung soll bei der Schulpflege liegen. Die Durchlässigkeit zwischen Förderklasse und Regelklasse muss gewährleistet und regelmässig überprüft werden. Der Unterricht in kleinen Lerngruppen soll sich am Lehrplan orientieren und möglichst im gleichen Schulhaus stattfinden. Die Umsetzung der Initiative hat kostenneutral zu erfolgen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, die «Förderklassen-Initiative» ohne Gegenvorschlag direkt umzusetzen ([5988](#)). In die heute unruhigen Klassenzimmer kehre Ruhe ein, und die Klassenlehrpersonen könnten die Verantwortung für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf für mindestens ein Semester vollständig abgeben. Die Minderheit der Kommission (Mitte, SP, Grüne, EVP) lehnt die Initiative ab. Sie argumentiert, die integrative Schulung möglichst aller Schülerinnen und Schüler sei ein Grundpfeiler der Volksschule und beruhe auf Bundesrecht. Eine Separierung für ein Semester und mehr sei damit kaum zu vereinbaren, da eine Reintegration in die Regelklasse nach so langer Zeit nicht gewährleistet werden könne. Die Regelklassen würden durch Abzug des heilpädagogisch geschulten Personals zugunsten der Förderklassen geschwächt. Die Minderheit beantragt daher, dem Gegenvorschlag des Regierungsrates zu folgen, der auf die Förderung von «erweiterten Lernräumen» setzt. Die Mehrheit der Kommission

lehnt die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen nicht grundsätzlich ab, sieht in ihnen aber nur eine mögliche Ergänzung und keine Alternative zur Initiative. Insbesondere würden die erweiterten Lernräume die Lehrpersonen nicht wirklich entlasten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61  
Minderheit: Kathrin Wydler (Mitte, Wallisellen), 079 440 69 94

### **Vorstösse zu Adoptionen, Sexualkundeunterricht, Abschaffung des Langzeitgymnasiums**

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. Dabei entscheidet der Rat, ob er sie dem Regierungsrat überweist oder nicht. Debattiert werden die Vorstösse, weil entweder der Regierungsrat sie ablehnt oder ein Ratsmitglied sich gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hat. SP-Kantonsrätin Sibylle Marti will den Regierungsrat auffordern, die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen, damit bei illegalen Auslandsadoptionen von den Betroffenen keine Gebühren erhoben und die für die Herkunftssuche notwendigen und verhältnismässigen Kosten übernommen werden ([KR-Nr. 100/2024](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen. Weil die FDP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat erst nach vorgängiger Debatte über die Überweisung entscheiden. Verschiedene Fragen zum Sexualkundeunterricht und zum Schutz von Lehrpersonen vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung hat SP-Kantonsrätin Brigitte Rösli dem Regierungsrat gestellt. Mit der Diskussion über dessen Antworten ist das Geschäft erledigt ([KR-Nr. 204/2024](#)). AL-Kantonsrätin Judith Stofer fordert zur Stärkung der Volksschule die Abschaffung des Langzeitgymnasiums ([KR-Nr. 295/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19  
Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45  
Judith Stofer (AL, Zürich), 079 280 89 02

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12